

Freiberger Anzeiger

und Tageblatt

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortliche Leitung der Redaktion: Georg Burkhart.

No. 216.

Er erscheint jeden Wochentag Abends 1/6 Uhr für den anderen Tag. Preis vierteljährlich 1 Mt. 80 Pfg. einmonatlich 60 Pfg.; durch die Post 2 Mt. 25 Pfg.

Sonnabend, den 16. September.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen. Preis für die Spaltzeile 15 Pfg. Außerhalb des Landgerichtsbezirks 16 Pfg.

1899.

Mit Rücksicht auf den neuerlichen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in zwei Gehöften von Niederbobritzsch wird hiermit befohlen stärkere Bekämpfung dieser Seuche auf Grund von § 17 der Verordnung zur Ausführung des Reichsgesetzes vom 28. Juni 1880, die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen betreffend, vom 30. Juli 1895 bis auf Weiteres verboten, **Gunde im Orte Niederbobritzsch frei umherlaufen zu lassen.** Besitzer von Hunden, welche gegenwärtigem Verbot zuwiderhandeln, haben ihre Bestrafung auf Grund von § 66 Punkt 4 des Reichsgesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom 28. Juni 1880, bez. auf Grund von § 328 des Reichsstrafgesetzbuchs zu erwarten.

Gleichzeitig wird, nachdem die Seuche im Erbgerichtsgehöfte zu Niederbobritzsch erloschen ist, die durch die diesseitige Bekanntmachung vom 4. vorigen Monats erfolgte Sperrung des durch das genannte Gehöfte nach Weissenborn führenden Weges wieder aufgehoben.
Freiberg, den 14. September 1899.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Dr. Steinert.

Bekanntmachung.

Nachdem der am Sonntag den 10. dieses Monats früh gegen 8 Uhr auf hiesigem Hauptbahnhofe tödlich verunglückte unbekannt männliche Passagier beerdigt worden ist, ohne daß eine Feststellung der Person des Toten möglich war, wird gebeten, etwaige sachdienliche Mittheilungen ungesäumt an unsere Polizeiwache zu geben.

Personenbeschreibung:

Größe 1,68—1,70 m, kräftige Statur, dunkelblonde Haare und dunkelblonder Schnurrbart mit großer Flege, Nase und Mund gewöhnlich; linksseitiger Leistenbruch.
Die Kleidung und sonstigen Effekten liegen zur Ansicht hier aus.
Freiberg, am 15. September 1899.
Die Stadtpolizeibehörde.
Lohse.

Auktion.

Dienstag, den 19. September 1899, Vormittag 10 Uhr
kommen in Brand folgende Gegenstände, als: 8 Stoffanzüge für Herren und 1 goldne Damen-uhre mit Kette gegen Barzahlung zur Versteigerung.
Sammelort: Gasthof zum Schützenhaus.
Brand, den 15. September 1899.
Silbermann, Gerichtsvollzieher.

Verföhnung in Oesterreich?

In wohlgelegenen Worten hat der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses die Führer der verschiedenen Parteien zu einer Konferenz eingeladen, auf der die Verföhnung der habenden Nationalitäten angebahnt werden soll. Die Einladung trieb von Verhöhnungen der Sehnacht nach der Wiederherstellung des Friedens.

Wenn man bedenkt, daß der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses der katholischen Volkspartei angehört, so wird man an den Mittelbesitz erinnert: „Hanemann, geh Du voran, Du hast die stärksten Stiefel an.“ Denn ob eine Verföhnung zu Stande kommen kann, wird sehr wesentlich von der katholischen Volkspartei abhängen. Diese Partei hat zunächst einen sehr großen parlamentarischen Einfluß dadurch, daß sie das Jünglein an der Waage bildet. Versteht sie sich dazu, sich, wie es doch wohl einer aus deutschen Männern bestehende Partei zukommt, auf die Seite der deutschen Stammesgenossen zu stellen, so wären die Tschechen genöthigt, sich weit entgegenkommender gegen die berechtigten Ansprüche der Deutschen zu verhalten, weil ihnen dann die parlamentarische Macht, auf die sie jetzt pochen, entzogen wird. Noch viel größer aber ist der außerparlamentarische Einfluß der katholischen Volkspartei, nämlich der Einfluß auf die höchste Person im Staate. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß der österreichische Kaiser mit der Zunahme des Alters und mit der Häufung der Schicksalsschläge, die ihn trafen, immer kirchlicher gesinnt geworden ist, und daß diejenigen, die einen sehr wesentlichen Einfluß auf ihn ausüben, die katholischen Volkspartei nahe stehen. Dieser Einfluß ist bis jetzt schmähter Weise gegen das Deutschland ausgeübt worden. Die kirchliche Presse Oesterreichs und Deutschlands wurde nicht müde, dem österreichischen Kaiser Deutsche als Hochverräther zu benennen. Die katholische Volkspartei wird also, wenn sie ernsthaft die Verföhnung anbahnen will, vor allen Dingen die vielen Sünden gegen das eigene Fleisch und Blut, die sie auf dem Gewissen hat, weitzumachen haben. Ob sie sich freilich dazu aufraffen wird, und ob es nicht bei den schönen Worten ihres Führers Fuchs bleiben wird, erscheint sehr fraglich.

Unter solchen Umständen ist es ganz begreiflich, wenn verlautet, daß die deutschen Parteien der schärferen Tonart es von vornherein ablehnen, an der Verföhnungstheorie theilzunehmen. Denn wenn nicht die Gewißheit gegeben ist, daß die Konferenz einen gezielten Ausgang nimmt, kann die Aktion dem Deutschland nur Schaden bringen. Wenn nichts zu Stande kommt, würden die Deutschen, wie üblich, als die Friedensstörer beschrien werden.

Eine Garantie für einen positiven Ausgang der Konferenz aber liegt einmal, wie schon erwähnt, in der Feststellung der Haltung der katholischen Volkspartei, zweitens an der Feststellung der Haltung der Regierung. Ueber die Absichten der Regierung aber können die Deutschen erst dann beruhigt sein, wenn noch vor dem Beginn der Konferenz die Sprachverordnungen, die den Nationalitätenstreit so akut gemacht haben, bündigungslos aufgehoben werden. Will man zu dauernden und gesicherten Zuständen gelangen, so muß man den status quo ante herstellen, d. h. den Zustand, wie er bestand, ehe es zu der aktuellen Verbitterung kam.

Zum zweiten wird man von der Regierung verlangen dürfen, daß sie selbst der Konferenz die Basis für die Ver-

handlungen schafft, indem sie der Konferenz einen zur Diskussion zu stellenden Vorschlag zur Befreiung des Sprachensiders unterbreitet. Wenn die Parteien selbst mit ihren Forderungen kommen, so versteht es sich, daß sie, um einen kaufmännischen Ausdruck zu gebrauchen, „vorschlagen“, und deshalb ist eine Einigung zwischen ihnen sehr erschwert. Die Regierung aber soll über den Parteien stehen, sie soll bemüht sein, jedem Theile sein Recht zu verschaffen, und deshalb sollte es ihr viel leichter fallen, eine Vorlage auszuarbeiten, die das Gerüst für die Verhandlungen bilden kann, und über die nur in Einzelheiten zu diskutieren wäre. Die Regierung hätte also gewissermaßen die Rolle des Handbitapers bei dem Wettrennen zu spielen. Die österreichische Regierung könnte um so eher diese Vorlage unterbreiten und so aktiv an der Konferenz sich betheiligen, als sie ja sonst nicht gar so schüchtern ist. Wenn sie auf Grund des berüchtigten Paragraphen 14 Verordnungen erklärt, deren Gesehlichkeit sehr starken Zweifeln begegnen muß, so kann sie gewiß eine Vorlage ausarbeiten, die auf legitimen gesetzlichen Wege zu Stande kommen soll.

Die österreichische Regierung und die katholische Volkspartei haben beide den größten Theil der Schuld an der verfahrenen Lage, und deshalb ist es nicht unbillig, wenn man von ihnen verlangt, daß sie in erster Reihe Anstrengungen machen, um eine Gesundung der Verhältnisse herbeizuführen.

Politische Umschau.

Freiberg, den 15. September.

Der Deutsche Kaiser hegt eine ausgesprochene Vorliebe für die Stammburg seines Geschlechts der Hohenzollern. Er besucht sie öfter, als einer seiner Vorfahren es gethan. Auch jetzt benutzte er von Calw aus, wohin sich das Manöver gezogen, die Gelegenheit, den Zoller zu besuchen. Der Fürst von Hohenzollern, der sich mit dem Königshause in den Besitz der gemeinsamen Stammburg theilt und an den Kaiserparaden in Stuttgart und Karlsruhe theilgenommen, war vorausgeeilt, um den hohen Stammverwandten auf hohenzollernischem Boden zu empfangen. Mit großem Gefolge traf der Kaiser ein und fuhr mit dem Fürsten sogleich zur Burg hinauf. Der Kaiser besichtigte wieder mit lebhaftem Antheil die Räumlichkeiten der stolzen Burg.

Vor dem Bezirksgericht der inneren Stadt Wien war vorgestern Graf Ernst Adolf Münster, der Sohn des deutschen Volschafters in Paris, wegen Nichtrückzahlung eines Darlehens verklagt. Die Klage wurde aber abgewiesen, da der Kurator Münsters, der Advokat Mechansky, einwendete, daß sein Kurand seit 1887 wegen Verschwendung unter Kuratel stehe und daher der Darlehensvertrag ungültig sei. Der Richter erkannte auch an, daß die Verschweigung der Kuratel keine listige Vorspiegelung sei.

Wir erwähnten bereits, daß am Dienstag in Darmstadt die Verhandlungen des Disziplinarhofes gegen den Oberschulrath Dettweiler begonnen haben. Sie sind gestern zu Ende geführt worden. Die Anklage gründete sich auf die bekannten Vorgänge, wonach der Nachhilfenunterricht des jungen Dettweiler durch den Gymnasiallehrer Dr. Altheim in mißbräuchlicher Weise und unter Benutzung unzulässiger Mittel stattgefunden hatte, während Dr. Altheim sich auf die Vollmacht und den Auftrag des Oberschulraths berief. Der Ministerialrath Solban hatte damals die Angelegenheit durch selbstständige Ent-

scheidung zu begleichen gesucht; diese Entscheidung wurde jetzt durch den Regierungsvertreter als ungesetzlich und für den Disziplinarhof nicht bindend bezeichnet. Aus den Verhandlungen selbst ist die Aussage des Oberschulraths Dr. Dettweiler von Interesse, der sich der „Fr. Z.“ zufolge in folgender Weise äußerte: „Er gebe zu, das Empfinden der öffentlichen Meinung bei seinem Verhalten nicht in gebührender Weise gewürdigt zu haben. Die Unterstüßung, die er seinem Sohne selbst erteilt habe oder habe erteilen lassen, gehe aber nicht über die Grenzen hinaus, die nach seiner Anschauung und der Anschauung hervorragender Pädagogen durch die Grundsätze der modernen Pädagogik gezogen seien. Diese Grundsätze entwickelte Herr Dettweiler des Näheren. Es habe sich immer nur um Vorbereitungen für Lieblingsarbeiten, niemals für Prüfungsarbeiten gehandelt, und die seien, wie unter Anderem die Gutachten bairischer Oberschulräthe in der „Fr. Z.“ bewiesen, überall in der Welt üblich und gestattet. Es sei leider kein Zweifel, daß sein Sohn sich aus Büchern und Notizen Dettweilers selbst unerlaubte Hilfe verschafft habe. Er hätte es verhindern können, wenn er gegen seinen Sohn mißtrauischer gewesen wäre. Er müsse zu seinem Schermeze gestehen, daß er seinen Sohn nicht richtig erkannte habe. Seine Hand habe er nie dazu geboten, seinem Sohne unzulässige Hilfe zu bieten. Ungehörige Beeinflussung der Lehrer zu Gunsten seines Sohnes habe er sich nie zu Schulden kommen lassen. Er habe nicht das Gefühl gehabt, sich schwer vergangen zu haben, sondern bei ihm habe das Gefühl des bekümmerten Vaters vorgeherrscht. Er hätte allerdings erkennen sollen, daß das Verhältnis seines Sohnes zu Altheim Mißtrauen erregen könne. Er habe den nöthigen amtlichen Takt hierin wohl nicht beobachtet, aber ein schweres Vergehen treffe ihn nicht. Hätte ihn Jemand kollegialisch gewarnt, hätte ihn Jemand auf das Vergehen über Altheims Unterstützung seines Sohnes aufmerksam gemacht, so würde er außerordentlich dankbar gewesen sein und die ganze ungeliebte Affäre wäre nie so weit gekommen.“ — Das Urtheil des Gerichtshofes gegen Oberschulrath Dettweiler lautet auf einen gerichtlichen Verweis sowie 500 Mt. Geldstrafe, außerdem hat der Angeklagte zwei Drittel der Kosten zu tragen. Demselben wurden wesentliche Milderungsgründe zuerkannt. Der Vertreter der Regierungsbehörde hatte Dienstentlassung unter Zuerkennung der Pension beantragt.

Die „Köln. Volksztg.“ meldet zu den beunruhigenden Nachrichten aus Schantung, daß bisher eine amtliche Bestätigung deutscherseits nicht vorliege, finde seine Erklärung in dem Umstand, daß die aus dem Aufbruchgebiete von dem deutschen Gesandten in Peking gesandten Telegramme von der chinesischen Regierung aufgefangen würden. In Berlin werde zwar an der Auffassung festgehalten, daß der diplomatische Schutz nur auf deutsche Staatsangehörige sich erstrecken dürfe, da man sonst zu unabsehbaren Konflikten mit der chinesischen Regierung komme, indes müsse die Diplomatie einen Ausweg aus der unklaren Lage suchen, da ja auch die deutsche Kulturarbeit bedroht sei und der Bahnbau unter beständigem militärischen Schutz betrieben werden müsse.

Ein jüdischer Sozialdemokrat als Alterspräsident! Der am 27. September zusammentretende bayerische Landtag wird voraussichtlich von dem jüdischen Sozialdemokraten Gabriel Löwenstein als Alterspräsidenten eröffnet werden.

Die „Ehrenzeit“ des sozialdemokratischen Centralorgans verzeichnet für den Monat August 9 Fälle von Bestrafungen wegen Bedrohung, Beleidigung und Mißhandlung von

Königlich Sächsische Staatseisenbahnen.

Am 1. Oktober d. J. tritt auf den sächsischen Staatseisenbahnen und den mitverwalteten übrigen Eisenbahnen der Winterfahrplan in Kraft. Nähere Auskunft erteilen vom 16. d. M. ab die Stationen und Auskunftsstellen. Bei beiden ist auch der neue Fahrplan, in Buchform zum Preise von 5 Pfg. und in Plakatform zum Preise von 30 Pfg. verlässlich.
Dresden, den 8. September 1899.

Königliche Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen.
No. II C 4002. Donath.

Holzversteigerung auf dem Einsiedler Staatsforstreviere. Lippmannscher Gasthof „zum grünen Gericht“ in Neuhausen.

Montag, den 25. September dts. Js.,
von Vormittags 10 Uhr an:

9 h. u. 13806 w. Klöber, 10 w. Derbstangen, 4,90 Hdt. w. Reisklängen, 2,5 rm w. Nußscheite und 2 rm w. Nußknüppel;

Dienstag, 26. September dts. Js.,
von Vormittags 9 Uhr an:

95,5 rm w. Brennweite, 2,5 rm h. u. 251 rm w. Brennknüppel, 3 rm h. u. 44 rm w. Baden, 52,5 rm h. u. 495 rm w. Aeste u. 43 rm w. Abraumreisig. Einzelhölzer, Durchforstungen, Säuterungen, Bruch- u. Dürrhölzer in den Abth. 3 bis 11, 14 bis 16, 18 bis 27, 31 bis 33, 41 bis 44, 46, 47, 49, 50, 53, 55 bis 58, 60, 61, 63, 65, 66, 68 bis 71, 73, 74, 82 u. 83.

Näheres ist aus den bei den Ortsbehörden und in den Schanzstätten der umliegenden Ortschaften aushängenden Plakaten zu ersehen.

Königl. Forstrevierverwaltung Deutsch-Einsiedel und Königl. Forstrentamt Frauenstein, am 14. September 1899.

Rinck.

Krause.

etail.

hupquellen

g-Victor
n-Selenen-
sind seit lange
en, Magen-
lutarmuth,
der Quellen
Bildungen:
t. Schrijten
n. Europ.
ellen-A.-G.
Fa 1641/4g.

ls

el bei allen
aufgedicht
arwechseln
n-(Brosch
hommeth
aber den
als die
man, Lio-
nien gratis.

enkuchen
von Apoth.
litzsch, und
Radikalmittel
asten und
unschäneren
simalpräpar.
er Löwen-
phanten-
erg, Apo-
l, Gross-
Nieder-

phon
pielende
werke v.
r. 20 Mt. aut-
gg. Monats-
h. an die
ion-Handlung
reiml & Co.

Brosau.
Katal gratis.

zels

omadé,
b 1 Mart.